

Regierungserklärung ...

Fortsetzung von Seite 4

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Fraktionsvorsitzender, begrüßte ausdrücklich die Einigkeit, mit der sich die Kommission auf den gemeinsamen Katalog von Maßnahmen verständigt habe. Denn mit diesem Konsens sei für den Kommissionsbericht und seinen Vorschlägen ein hoher Grad von Glaubwürdigkeit erreicht worden. Farthmann unterstrich, in Nordrhein-Westfalen herrsche Aufbruchstimmung. Das beständige jeder, der ein Gespür für wirtschaftliches Klima habe. Er erinnerte auch daran „um der Wahrheit willen“, daß jahrelang eine besondere Hilfe für das Land von der Bundesregierung verweigert worden sei. Die Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet berichteten heute von einem Anhalten der Hochstimmung im Lande. Auch bei der Arbeitslosenquote zeichne sich tendenziell eine Wende zum Besseren ab. Die Mikat-Kommission erkenne ausdrücklich an, daß NRW den Strukturwandel nicht verschlafen habe. Die Bestätigung des wirtschafts- und strukturpolitischen Kurses der Landesregierung sei ganz sicherlich einer der wichtigsten Punkte. Die heutige Aufbruchstimmung sei untrennbar mit der „Zukunftsinitiative Montanregionen“ verbunden. „Das war allein eine Sache der Landesregierung, bei der die Bundesregierung uns im Stich gelassen hat“, sagte der Fraktionschef. Er verwies ferner darauf, daß einige Ratschläge der Kommission wie die Konzentration der Wirtschaftsförderung mit der Gründung der Investitionsbank bereits in Gang gesetzt seien. Sorgfältig werde man die Vorschläge der Kommission auf ihre Realisierungsmöglichkeiten abklopfen. Die Kommission räume auch mit Vorurteilen auf. Farthmann nannte die vermeintlich zu langen Genehmigungsverfahren. Er verwies darüber hinaus darauf, die Kommission habe festgestellt, NRW sei ein Land mit Kohle und Stahl, und die Kohlepolitik müsse fortgesetzt werden. Ein relevanter Strompreisnachteil für Unternehmen in den Montanregionen habe nicht festgestellt werden können. Zum aktuellen Fall von Sophia-Jacoba sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende, wer wolle, daß Sophia-Jacoba lebe, der müsse das, was verabredet sei, einhalten, der müsse dafür sorgen, daß der Revierausgleich und der Ausgleich für niederflüchtige Kohle erhalten blieben.

Zehn Millionen Passagiere im Rhein-Ruhr-Flughafen

Der Rhein-Ruhr-Flughafen Düsseldorf hat 1988 mit einem weiteren Anstieg der Passagierzahlen im Linien- und Umlaufverkehr die Zehn-Millionen-Grenze überschritten. Insgesamt wurden auf dem Flughafen 10 373 990 Fluggäste gezählt, das waren 496 395 Fluggäste oder 5 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Linien- und Charterverkehr wurde je 50 Prozent der Passagiere befördert. Der Linienverkehr verzeichnete 1988 einen Zuwachs von 5,6 Prozent. Diese Steigerung des Passagieraufkommens ist im wesentlichen auf Frequenzerhöhungen im innerdeutschen und europäischen Luftverkehr zurückzuführen, wobei besonders der Berlin-Verkehr stark ausgeweitet wurde.

Innenausschuß: Kinderspielzeug ist zu gefährlich

Wurfsterne kommen in Liste der verbotenen Gegenstände

Die sogenannten „Wurfsterne“ sollen in die Liste der verbotenen Gegenstände einer Verordnung zum Waffengesetz aufgenommen werden. Dies erklärte Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) gegenüber dem Ausschuß für Innere Verwaltung; die Innenministerkonferenz wird ein entsprechendes Ersuchen an den Bundesminister des Inneren richten. Der SPD-Abgeordnete Jürgen Jentsch hatte den Ausschuß vor einigen Monaten auf dieses beliebte, aber äußerst gefährliche Kinderspielzeug aufmerksam gemacht. Nunmehr begrüßte der Ausschuß einstimmig die Mitteilung des Innenministers.

Ein Antrag der Fraktion der CDU zum Thema „Gebührenfreiheit für Großveranstaltungen“ wurde im Ausschuß einstimmig für erledigt erklärt. Der Antrag zielte auf einen Beschluß des Landtags ab, die Landesregierung von Initiativen abzuhalten, bei Großveranstaltungen, zum Beispiel Fußball-Bundesligaspielen, die Einsatzkosten der Polizei auf den Veranstalter abzuwälzen. Der Innenminister wiederholte vor dem Ausschuß seine Erklärung, dieses Thema sei erledigt, weil in der Innenministerkonferenz eine bundeseinheitliche Vorgehensweise nicht erreicht werden konnte.

Der Ausschuß verabschiedete auch den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen mit einigen von der Fraktion der SPD beantragten Änderungen. So sollen Eigentümer oder Nutzungsberechtigte bauliche Anlagen mit „erhöhter Brandlast und Brandgefährdung“ für die damit verbundene zusätzliche Löschwasserversorgung auf der Grundlage einer Stellungnahme der Brandschutzdienststelle selbst Sorge tragen. Maßnahmen zur Brandschutzaufklärung und -erziehung werden nun ausdrücklich als Aufgaben der Feuerwehrverbände im Gesetz erwähnt. Die Wahl der Wehrführer und der — jetzt zwei — Stellvertreter muß innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes folgen. Diese und weitere Änderungen wurden einstimmig vom Ausschuß beschlossen. Differenzen gab es in zwei Punkten:

- Die Fraktion der CDU wollte die Maßnahmen zur Brandschutzaufklärung und Brandschutzerziehung den Trägern des Feuerschutzes, also dem Land und den Gemeinden, als Pflichtaufgaben zuweisen;

- Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer sollte ausschließlich für den kommunalen Brandschutz verwendet werden, während die Finanzierung der Brandschutzforschung und der Landesfeuerweherschule aus allgemeinen Haushaltsmitteln des Landes erfolgen sollte. Dem letzteren Antrag schloß sich auch die Fraktion der F.D.P. an; in beiden Punkten überwog jedoch die Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD.

Verabschiedet wurde schließlich auch ein Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, mit dem insbesondere die Wählbarkeit in die Jugend- und Auszubildendenvertretungen durch Anhebung der Altersgrenze verbessert und auch die Altersgrenze für die Wahlberechtigung der Auszubildenden heraufgesetzt wurde. Die hierzu vorgelegten Änderungsanträge der SPD-Fraktion wurden einstimmig angenommen.

Vorausgegangen war eine gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuß, in welcher unter Leitung des Vorsitzenden des Ausschusses für Innere Verwaltung, Willi Pohlmann (SPD), über die technischen und personellen Sicherheitsvorkehrungen auf den nordrhein-westfälischen Flughäfen berichtet und diskutiert wurde. Der Sprecher des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie erläuterte die technische Ausstattung des kontrollierenden Personals und beantwortete Zusatzfragen aus der Mitte des Ausschusses zu Tauglichkeit und Zuverlässigkeit des Kontrollinstrumentariums. Er hob den besonders guten Sicherheitsstandard auf allen deutschen Flughäfen hervor und fügte hinzu, daß die zusätzlichen Maßnahmen einiger ausländischer — zum Beispiel israelischer und amerikanischer — Fluggesellschaften unterstützt würden.



Der Innenausschuß und der Verkehrsausschuß unter ihren Vorsitzenden Willi Pohlmann und Erich Kröhan (beide SPD) berieten gemeinsam über die Sicherheit auf Flughäfen.

Foto: Schüler